ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. - 25. Mai 2025

*Antragsteller*in:* *Peter Heilrath*

Tagesordnungspunkt: *TOP 2 Deutsche und Europäische Rüstungsstrategie 2025+ mit Sven Giegold, stellv. BuVo*

AP 1: Arbeitspapier zur Diskussion: Grüne Rüstungsstrategie in der Zeitenwende

Antragstext

I. These: Die veränderte Sicherheitslage erfordert neben der Neubestimmung grüner Sicherheitspolitik auch eine klare Rüstungsstrategie.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat die europäische Friedensordnung erschüttert und Deutschland sowie seine Bündnispartner vor neue Realitäten gestellt. Die Nationale Sicherheitsstrategie 2023 bezeichnet Russland als größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum. Dies erfordert eine robuste Verteidigungsfähigkeit, was auch die Grünen anerkennen: Deutschland muss in der Lage sein, sich und seine Partner zu verteidigen.

Für Bündnis 90/Die Grünen, mit ihrer pazifistischen Tradition, bedeutet dies einen Spagat. Es gilt, die Notwendigkeit militärischer Stärke anzuerkennen, ohne Kernwerte wie Deeskalation, diplomatische Konfliktlösung und Abrüstung aufzugeben. Menschenrechte, Völkerrecht und Verhältnismäßigkeit müssen Leitlinien bleiben. Deutschlands Verantwortung in NATO und EU ist gewachsen. Die Grünen unterstützen eine stärkere EU als Sicherheitsakteurin. Eine grüne Rüstungsstrategie muss definieren, wie Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird, durch Beiträge zur kollektiven Verteidigung und zur Stärkung europäischer strategischer Autonomie.

Dabei spielen Aspekte der notwendigen technologischen Souveränität Europas (und Deutschlands) in sicherheitsrelevanten Schlüsseltechnologien (z.B. KI, Cyber, Quantentechnologie, Weltraum) und die Notwendigkeit strategischer Investitionen in Forschung und Entwicklung unter ethischen Leitplanken genauso eine entscheidende Rolle, wie auch die Stärkung von Cyberabwehrfähigkeiten und die gesellschaftliche Resilienz gegen hybride Kriegsführung.

Die "Zeitenwende" ist ein interner Katalysator für die Modernisierung grüner sicherheitspolitischer Identität hin zu einer "verantworteten Sicherheit". Die wertebasierte Außenpolitik muss konkretisiert werden: nicht nur wofür, sondern auch wie gerüstet wird (z.B. Ablehnung gänzlich autonomer letaler Waffensysteme).

II. These: Eine resiliente europäische Sicherheitsarchitektur bedarf einer gestärkten, kooperativen und nachhaltig finanzierten Verteidigungsdimension.

Sicherheit in Europa erfordert stärkere europäische Zusammenarbeit. Bündnis 90/Die Grünen befürworten eine vertiefte europäische Integration, auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Initiativen wie die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), PESCO, der Europäische Verteidigungsfonds (EVF/EDF) und die Europäische Verteidigungsindustriestrategie (EDIS) samt Europäischem Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP) sind entscheidend, um Fähigkeiten zu bündeln und Doppelstrukturen zu vermeiden. Die EDIS-Ziele (z.B. 40% gemeinsame Beschaffung bis 2030) sollten unterstützt, aber an Nachhaltigkeits- und Ethikkriterien geknüpft werden.

Die Finanzierung der "Zeitenwende" (Sondervermögen Bundeswehr, Erhöhung des Verteidigungshaushalts) erfordert nachhaltige Modelle. Die Grünen haben bei Verhandlungen zum Finanzpaket März 2025 erfolgreich den Sicherheitsbegriff zB zu den Nachrichtendiensten erweitern können. Eine Reform der Schuldenbremse, wie von den Grünen vorgeschlagen, könnte Investitionen auch in zivile Sicherheit und Transformation ermöglichen. Transparenz bei Rüstungsausgaben ist zentral.

Die Debatte um "Greenwashing von Waffen" und ESG-Kriterien erfordert klare ethische und ökologische Standards im Verteidigungssektor. Völkerrechtlich geächtete Waffen müssen ausgeschlossen bleiben. Europäische Zusammenarbeit darf nicht zur Absenkung von Standards führen, sondern muss diese stärken und auch KMU und Startups fördern. Innovative Finanzierungsmodelle wie europäische Anleihen für Verteidigung oder eine Übergewinnsteuer (These V) sind zu prüfen.

III. These: Das nationale Beschaffungswesen muss grundlegend reformiert werden, um Effizienz, Transparenz und eine bedarfsgerechte Ausstattung der Bundeswehr sicherzustellen.

Ein effizientes Beschaffungswesen ist entscheidend für eine einsatzbereite Bundeswehr. Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) steht jedoch seit Jahren wegen Ineffizienz und langwieriger Prozesse in der Kritik. Studien attestieren bisherigen Reformversuchen ein weitgehendes Scheitern, wobei das Sondervermögen Bundeswehr offenbar notwendige Strukturreformen eher hemmt. Beispiele wie Probleme bei digitalen Funkgeräten, Verzögerungen bei Großprojekten (Puma, NH90) und Mängelberichte des

Bundesrechnungshofs (z.B. bezüglich der Korruptionsprävention) belegen dies.

Eine grüne Rüstungsstrategie muss konkrete Reformvorschläge enthalten: Entbürokratisierung und Beschleunigung von Prozessen bei gleichzeitiger Wahrung von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle. Eine stärkere Orientierung an marktverfügbaren Produkten ("Commercial/Military off-the-shelf") statt komplexer Neuentwicklungen ("Goldrandlösungen") sollte unterstützt werden, wo sinnvoll. Die parlamentarische Kontrolle (25-Mio-Euro-Vorlagen) muss durch frühzeitigere und umfassendere Information des Bundestages gestärkt werden.

Die Bedarfsermittlung muss sich an realen Fähigkeitsanforderungen orientieren, nicht primär an industriepolitischen Interessen. Lebenszykluskosten von Waffensystemen (oft 60-80% der Gesamtkosten) müssen transparent und vollständig berücksichtigt werden.

Die Verflechtung von Rüstungsindustrie, Bürokratie und Politik bedeutet auch eine laufende Bedrohung der Strukturen und Entscheidungen durch Korruption und erfordert deswegen Maßnahmen zur Aufbrechung problematischer Interessenverflechtungen, z.B. durch Stärkung des Bundesrechnungshofs oder strengere Karenzzeitregelungen.

Beim Kauf von "off-the-shelf"-Produkten, oft aus den USA (z.B. F-35), muss abgewogen werden zwischen schneller Fähigkeitslückenschließung und langfristiger Stärkung der europäischen oder nationalen Industrie und Technologiebasis.

IV. These: Eine wertegeleitete Rüstungspolitik erfordert verbindliche ethische Regeln für die Rüstungsindustrie und eine strikte, transparente Exportkontrolle.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist Rüstungsproduktion und -export untrennbar mit ethischen Grundsätzen verbunden. Die Partei fordert seit langem ein Verbot von Waffenlieferungen an Diktaturen und menschenrechtsverachtende Regime. Trotz restriktiver Rhetorik erreichen deutsche Rüstungsexporte Rekordhöhen, auch an problematische Drittstaaten.

Ein Ethik-Kodex für die Rüstungsindustrie mit überprüfbaren Verpflichtungen zu Menschenrechtsstandards und Exportkriterien ist nötig. Diese könnten bei Auftragsvergabe und Forschungsförderung verankert werden. Unternehmen, die dagegen verstoßen, sollten von Aufträgen ausgeschlossen werden. Die Grünen sollten sich für strenge Nachhaltigkeitsstandards im Verteidigungssektor einsetzen, wobei völkerrechtlich geächtete Waffen kategorisch ausgeschlossen bleiben.

Ein verbindliches Rüstungsexportkontrollgesetz ist eine Kernforderung. Die

Eckpunkte des BMWK wurden nicht mehr zur Kabinettsbefassung gebracht. Ein grünes Gesetz muss klare Kriterien (Menschenrechte, Völkerrecht, regionale Stabilität) festlegen. Auf EU-Ebene ist eine Harmonisierung der Exportkontrollen auf höchstem Niveau nötig, um ein Umgehen strenger nationaler Regeln zu verhindern und nicht dem Argument des "German Free" nachzugeben. Die "Politischen Grundsätze" und EU-Kriterien müssen verschärft werden.

Die Einbindung von Selbstverpflichtungen der Industrie bereits bei Auftragsvergabe und Forschungsförderung ist ein präventiver Ansatz. Die Debatte um "Sustainable Finance" (ESG) erfordert eine klare grüne Position gegen die Aufweichung von Nachhaltigkeitskriterien für die Rüstungsindustrie.

V. These: Eine Übergewinnsteuer für Rüstungsunternehmen ist ein legitimes Instrument zur Abschöpfung krisenbedingter Extraprofite und zur Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität.

Die "Zeitenwende" führt zu massiven Umsatz- und Gewinnsteigerungen bei Rüstungsunternehmen. Eine Übergewinnsteuer zielt darauf ab, solche krisenbedingten "Extraprofite", die nicht auf üblicher Marktlogik basieren, abzuschöpfen. Es ist unbillig, wenn Unternehmen von Krisen profitieren, die Leid verursachen. Die Einnahmen könnten für Krisenprävention, Ukraine-Hilfe oder Klimaschutz verwendet werden.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich traditionell für Steuergerechtigkeit und eine stärkere Besteuerung hoher Gewinne ein.

Eine Übergewinnsteuer für Rüstungskonzerne wäre eine Option, um erhöhte Rüstungsausgaben mit Gerechtigkeitsempfinden und Finanzierungsbedarf für andere Staatsaufgaben zu verbinden. Die praktische Umsetzung erfordert eine sorgfältige Konzeption bezüglich Definition von "Übergewinn", Bemessungsgrundlage und Steuersatz, um negative Effekte zu vermeiden. Sie könnte auch als ökonomisches Steuerungsinstrument dienen, um Preisgestaltung zu disziplinieren und Effizienz zu fördern, ohne notwendige Investitionen abzuwürgen.

VI. These: Langfristige grüne Sicherheitspolitik integriert Rüstungsaspekte in eine umfassende Strategie, die Abrüstung, Rüstungskontrolle und zivile Krisenprävention priorisiert.

Eine grüne Rüstungsstrategie muss Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik sein, die Abrüstung, Rüstungskontrolle und zivile Krisenprävention weiterhin priorisiert. Grüne Sicherheitspolitik basiert auf einem erweiterten, menschenzentrierten Sicherheitsbegriff ("human security"), der über militärische Aspekte hinausgeht und präventive Friedenspolitik umfasst. Militärische Verteidigungsfähigkeit darf andere Instrumente nicht verdrängen. Das

langfristige Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt und konventionelle Abrüstung.

Bündnis 90/Die Grünen setzen auf Multilateralismus und die Stärkung von UN und OSZE. Investitionen in Diplomatie, Mediation und zivile Friedensmissionen müssen parallel zu Verteidigungsausgaben erhöht werden. Internationale Rüstungskontrollverträge (NVV, CWÜ, BWÜ) müssen gestärkt werden. Angesichts neuer Technologien (letale autonome Waffensysteme, Weltraumbewaffnung) sind neue internationale Abkommen nötig. Die Grünen lehnen letale gänzlich autonome Waffensysteme ab und fordern ein internationales Verbot.

Die Integration von Rüstung in eine präventive, wertebasierte Sicherheitsstrategie ist entscheidend.

Begründung

Das Arbeitspapier dient als Grundlage für die Diskussion und die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema Rüstungsstrategie und ist gedacht, z.B. durch weitere Einbindung zuständiger Arbeitsgruppen (z.B. AG Bundeswehr) sowie BAGen (z.B. WiFi), ggf. zu einer Beschlussvorlage weiterentwickelt zu werden.